

Auf dem Weg zu einem modernen Prozessrecht

KAS-Rechtsstaatsprogramm in Costa Rica auf Erfolgskurs

Juristische Streitkultur und Streitfreudigkeit der Bevölkerung sind in Costa Rica weit entwickelt. Statistisch gesehen ist jeder fünfte Bürger Partei eines Rechtsstreits. Dies hat in jüngster Vergangenheit zunehmend zu einer Überlastung der Gerichte und Verlängerung der Verfahrensdauer geführt. Im arbeitsgerichtlichen Verfahren beträgt diese beispielsweise bis zu 34 Monate. Folge ist der drohende Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Justiz. Vor diesem Hintergrund hat sich die Corte Suprema de Justicia vor über einem Jahr zur Vorlage einer tiefgreifenden, am deutsch-österreichischen Prozessrecht orientierten Reform entschlossen. Eine vom Präsidenten des Gerichtshofs eingesetzte Mündlichkeitskommission unter Vorsitz des Richters Ricardo Zeledón studierte die verschiedenen Verfahrensmodelle und erarbeitete unter Hinzuziehung internationaler Experten aus Deutschland, Italien, Uruguay, Argentinien, Peru, Mexiko, Venezuela, El Salvador und Guatemala den jetzt vorgelegten Entwurf einer „Allgemeinen Prozessordnung“. Der aus drei Büchern

bestehende Text schafft ein einheitliches konsolidiertes Verfahrensrecht für den allgemeinen Zivilprozess, die speziellen arbeitsgerichtlichen und familienrechtlichen Verfahren, den Umwelt- und den Agrarprozess. Ausgenommen bleibt das verwaltungsgerichtliche Verfahren (Contencioso Administrativo), das Gegenstand eigenständiger Kommissionsberatungen ist, die im Jahre 2001 abgeschlossen werden sollen. Im Strafprozessrecht wurde das Mündlichkeitsprinzip bereits vor Jahren mit Erfolg eingeführt.

Anlässlich der Vorstellung seines Jahresberichts 2000 hob der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Luis Paulino Mora Mora, die Unterstützung des Reformvorhabens seitens der Konrad-Adenauer-Stiftung besonders hervor. Bereits im Februar 2000 war eine sechsköpfige Delegation, bestehend aus Richtern, Parlamentariern und Rechtsanwälten, auf Einladung der KAS zu einem Informationsbesuch nach Deutschland gereist, um hier insbesondere den deutschen Zivilprozess mit seiner mündlichen Verhandlung vor dem erken-

nenden Gericht und ein modernes Beweisrecht kennenzulernen und im Hinblick auf seine eventuelle Modellfunktion zu analysieren. Eine erste internationale Expertenkonferenz in San José im März 2000 folgte.

Die Annahme des neuen Verfahrensrechts stellt die costaricanische Justiz aber auch vor große Herausforderungen. Nicht nur Richter, Anwälte und Justizbeamte gilt es zu schulen. Eine derart tiefgreifende Reform stellt das Gerichtswesen des mittelamerikanischen Landes auch vor logistische Probleme. Insbesondere die Kritiker des Reformvorhabens führen an, dass die baulichen Voraussetzungen zur allgemeinen Durchführung mündlicher Verhandlungen noch nicht vorliegen. Dem entgegen die Anhänger der Reform mit Entschiedenheit, dass die Beibehaltung des Status quo keine Alternative darstelle. Dem demokratischen Musterland Mittelamerikas drohe ansonsten der „Justizinfarkt“. Dies gelte es, durch eine mutige zukunftsweisende Reform zu vermeiden.

Reinhard Junghanns

„Demokratie braucht Respekt der politischen Parteien voreinander“

Politiker aus Kambodscha auf Deutschlandbesuch

Bis Ende 1998 hatten sich noch die im kambodschanischen Parlament vertretenen Parteien blutige Auseinandersetzungen geliefert. Erstmals kamen nun auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung sechs Abgeordnete und führende Vertreter der beiden Regierungsparteien und der Oppositionspartei in der kambodschanischen Nationalversammlung zu einem gemeinsamen Arbeitsbesuch nach Deutschland. Im Mittelpunkt standen Fragen des Aufbaus und der Arbeit der deutschen Parteien und der Bedeutung der Fraktionsarbeit in kommunalen und staatlichen Parlamenten.

Parteiorganisation, Programmarbeit in den Parteien, Parteienfinanzierung und

innerparteiliche Demokratie waren wichtige Themen in Treffen mit Vertretern örtlicher Parteigliederungen im Rhein-Sieg-Kreis, Parteiforschern sowie Experten der Berliner CDU und der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Besonderes Interesse fand auch das Instrument der politischen Stiftungen. Die Idee, ähnliche Einrichtungen zur Stabilisierung der demokratischen Entwicklung in Kambodscha nach dem Völkermordregime der Roten Khmer und den langen Jahren des Bürgerkriegs einzurichten, will man mit den Parteiführungen in Kambodscha diskutieren. Konkreter Ausgangspunkt könnte dabei die schwierige Aufgabe der Qualifizierung von mehr als 12.000 Gemeinde-

räten sein, die im kommenden Jahr erstmals gewählt werden, und bei der die KAS im Einvernehmen mit dem kambodschanischen Innenministerium mit allen drei großen sowie mit kleineren kambodschanischen Parteien zusammenarbeitet.

Demokratie braucht Respekt der politischen Parteien voreinander, Zusammenarbeit und Kompromissbereitschaft bei allem Wettbewerb und allen harten inhaltlichen Auseinandersetzungen. Diesem gerade für Kambodscha so wichtigen Lernziel der Studienreise dienten Gespräche mit Vertretern des Berliner Abgeordnetenhauses und des Deutschen Bundestages.

Dr. Peter Koepfinger